

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **3 (1923-1924)**

Heft 9

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

9. HEFT

MAI 1924

III. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Taktik und Grundsätze.

Von Robert Grimm.

I.

Die Diskussion über die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat ist im Fluß. Anfänglich konnte man annehmen, es ließe sich die Diskussion als rein taktische Auseinandersetzung durchführen. Das hat sich leider als unmöglich herausgestellt.

Gewiß ist an und für sich die Frage der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung keine Grundsatzfrage. Sie braucht es erst recht dort nicht zu sein, wo die Regierungen mehr den Charakter eines vom Volk gewählten Verwaltungsorganes haben, wo durch die verfassungsrechtliche Festlegung der Amtsdauer die Regierungen in ihrem Bestand den Zufälligkeiten wechselnder parlamentarischer Konstellationen entzogen sind und wo in der Folge der Regierungsmann mehr Beamter als Minister ist.

Von dieser Ueberlegung ausgehend, ließ ich mich leiten, als ich im letzten Juniheft dieser Zeitschrift zum Thema schrieb:

„Grundsätzlich wird die Frage nur insofern, als die Taktik einer Partei letzten Endes Ausfluß bestimmter Grundsätze sein muß, nach denen sie sich zu richten hat. Fehlt diese durch unser Parteiprogramm gegebene grundsätzliche Einstellung, dann allerdings erhebt sich das Problem zu einer Grundsatzfrage, aber die Erörterung beschränkt sich in diesem Falle nicht mehr auf das enge Gebiet der Frage der Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, sie erweitert sich dann notgedrungen zu einer Auseinandersetzung über die Grundlagen und Prinzipien der Partei und der Arbeiterbewegung überhaupt.“

An diesem Punkte sind wir heute angelangt. Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man das Problem bloß als eine taktische Frage auffassen. Was jetzt als taktisches Problem erscheint, ist nur noch Wellengekräusel. Im Grunde genommen handelt es sich um etwas anderes: um die Grundsätze, um das Programm der Partei.

Diese Erweiterung der Diskussionsbasis mußte sich zwingend ergeben, als nach dem 17. Februar 1924 die Idee des sogenannten